

Glück

von *Petra Pinzler*
Journalistin und Autorin

Glück hat hierzulande Hochkonjunktur. Anleitungen für die private Glücksmaximierung füllen die Büchertische. Reporter recherchieren weltweit nach den geheimen Rezepten glücklicher Gesellschaften (und enden dann meist in Buthan). Talkshows lassen Hirnforscher erklären, was Menschen wirklich zufrieden macht. Nur in der Politik interessiert Glück niemanden.

So oder so ähnlich hätte dieser Beitrag vor einem guten Jahr begonnen. Denn damals ertete man bestenfalls ein mitleidiges Lächeln, wollte man irgendwo rund um den Reichstag über Glück und Politik reden. Nur anonym und dann auch nur leicht schmunzelnd sprach der ein oder andere Politiker über dieses Thema. Schließlich steht „Wähler beglücken“ auf der Liste der politischen Todsünden ganz weit oben und das aus verständlichen Gründen. Es gab nun mal im vergangenen Jahrhundert zu viele vermeintliche Volksbeglucker, mit den bekannten unseligen Folgen. Also galt Glück im Berliner Regierungsviertel bislang als Privatvergnügen, das sich dem öffentlichen Diskurs entzieht und von dem Regierung, Parlament und Parteien am besten die Hände lassen. Außerdem: Wer wollte Glück schon richtig bewerten?

Doch es hat sich etwas geändert im Land. Zwar ist das reine Glück der Bürger auch heute in der Politik noch kein Thema, dem man großen Stellenwert zumessen würde. Deutschland soll auch heute vor allem wachsen, wettbewerbsfähiger werden und vielleicht auch weniger ungleich – aber nicht glücklicher.



Zumindest wird das nie als Ziel der Politik genannt. Doch immerhin wird immer häufiger auch in politischen Runden über die Schwester des Glücks, die Lebensqualität, diskutiert. Auch die galt ja lange als hübsch, aber irrelevant für die Politik, weil auch ihre Maße umstritten sind, subjektive Elemente enthalten können und im politischen Raum folglich noch um die Definitionsmacht gekämpft werden muss: Wie gerecht, wie grün, wie solidarisch und gebildet sollte ein Land sein, damit es eine hohe Lebensqualität hat?

Die Glücksforschung, die in den vergangenen Jahren weltweit immer wichtiger geworden ist, sich in Deutschland allerdings erst sehr langsam durchsetzt, bietet da interessante Ergebnisse. Denn sie kann inzwischen mit zahlreichen Studien belegen: In den vergangenen 30 Jahren sind die Menschen im Westen zwar wohlhabender aber nicht glücklicher geworden. Ein gutes Leben hängt ab einem gewissen Lebensstandard aber nicht mehr davon, wie reich die Gesellschaft insgesamt ist. Wichtiger ist die Frage der gerechten Verteilung. Und des Zugangs. Zwei britische Forscher haben diese Erkenntnis auf folgenden Nenner gebracht: Gleiche Gesellschaften sind glücklicher.

Wichtig für ein gutes Leben sind Faktoren wie Gesundheit, Bildung, Chancen und das Gefühl, dazugehören, mitbestimmen zu können. Das klingt banal, doch in Deutschland haben sich diese Faktoren in den vergangenen Jahren nicht verbessert, manche weisen sogar deutlich nach unten. So ist unser Land heute

viel ungleicher als vor einem Jahrzehnt. Der jüngste Armutsbericht der Bundesregierung belegt das eindeutig: Nicht nur ist der Reichtum ungerechter verteilt. Er hat auch immer weniger mit Leistung zu tun. Wer oben ist, der bleibt oben. Wer unten geboren ist, schafft den Aufstieg selten. Denn die Chance etwas aus sich zu machen, ist hierzulande massiv an die Herkunft geknüpft. Einmal Unterschicht immer Unterschicht. Würden die OECD und der Internationale Währungsfonds den Erfolg eines Landes also nicht am BIP, sondern an der Zahl der Kranken, an der Chancengleichheit oder auch am Umgang mit den Ressourcen messen, dann lägen wir nicht ganz oben. Glücklicher ist man anderswo.

Immerhin, im Bundestag trifft sich seit über einem Jahr eine Enquete-Kommission, die nach Indikatoren und Bedingungen für Lebensqualität suchen soll. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ein untrügliches Gespür für interessante Themen hat, diskutiert darüber mit Bürgern. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat im Fortschrittsforum Experten aus ganz Deutschland zusammengerufen. Und die Grünen sind sowieso der Meinung, dass sie die Partei für eine intakte Umwelt und damit automatisch auch für mehr Lebensqualität sind. Offensichtlich ist jedenfalls: Auch politische Strategen interessieren sich zunehmend dafür, was das Land seinen Menschen bieten muss, damit die gut leben können.

Die Gründe sind offensichtlich. Erstens kann in Zeiten enger Kassen kein Politiker mehr ernsthaft seinen Erfolg vor allem ans Wirtschaftswachstum und das Versprechen von immer

mehr Wohltaten für die Bürger koppeln. Zweitens glauben immer weniger Menschen, dass ihr Wohlbefinden schon automatisch und parallel mit der Wirtschaft wächst, zumal das in Zeiten zunehmender, ökologischer Krisen sowieso ein problematisches Thema ist. Und drittens bietet die Debatte über mehr Lebensqualität den Politikern ganz neue Zugänge zum Wähler. Als die SPD jüngst in Berlin einen Zukunftskongress veranstaltete, diskutierten auf einem Podium über „Gerechtigkeit“ nicht die Experten für Wirtschaft, sondern die für Bildung. Das mag ein vorsichtiger Versuch gewesen sein. Aber er zeigt, dass es ganz neue Zugänge zu den Kernthemen der Sozialdemokratie geben kann: Zur Gerechtigkeit, zur Freiheit und zur Solidarität.

PS.: Auf dem Fahrplan, der diesen Kongress über Werte und Politik illustriert, gibt es übrigens auch noch keine Haltestelle mit dem Namen „Glück“ (Schauen Sie mal nach!) Aber Haltestellen kann man ja auch noch nachträglich bauen.

Weitere Beiträge und mehr Informationen zum Kongress finden Sie auf der Website:

www.werteundpolitik.de